

Beiträge ÖkoLinX-ARL

Wortprotokoll

über die

14. Plenarsitzung

der Stadtverordnetenversammlung

am Donnerstag, dem 5. Juli 2007

(16.55 Uhr bis 21.30 Uhr)

1. Feststellung der Tagesordnung.....	2
Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:	2
Stadtverordnete Carmen Thiele, LINKE.:	3
Stadtverordneter Dr. Dr. Rainer Rahn, FAG:.....	3
Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:	4
Stadtverordneter Markus Frank, CDU:	4
Stadtverordneter Volker Stein, FDP:	5
Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:.....	6
Stadtverordneter Olaf Cunitz, GRÜNE:	7
Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:.....	8
Stadtverordneter Lothar Reininger, LINKE.:	9
2. Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers	10
3. 13. Fragestunde.....	11
Frage Nr. 385.....	12
Stadtverordneter Jochem Heumann, CDU:	12
Stadtrat Prof. Dr. Felix Semmelroth:.....	12
Frage Nr. 386.....	15
Stadtverordneter Rudi Baumgärtner, SPD:.....	15
Stadträtin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld:.....	15
Frage Nr. 387.....	16
Stadtverordneter Manuel Stock, GRÜNE:	16
Bürgermeisterin Jutta Ebeling:	16
Frage Nr. 388.....	18
Stadtverordnete Astrid Fischer, LINKE.:	18
Stadtrat Boris Rhein:	18
Frage Nr. 389.....	21
Stadtverordnete Annette Rinn, FDP:	21
Stadtrat Lutz Sikorski:	21
Frage Nr. 390.....	22
Stadtverordnete Gisela Becker, FAG:	22
Stadtrat Lutz Sikorski:	22
Frage Nr. 391.....	12
Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:	12
Stadtrat Prof. Dr. Felix Semmelroth:.....	12
Frage Nr. 392.....	23
Stadtverordneter Jörg Krebs, NPD:.....	23
Stadträtin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld:.....	24
Frage Nr. 393.....	25
Stadtverordneter Luigi Brillante, E.L.:.....	25
Stadtrat Boris Rhein:.....	25

mein Ansinnen, eine Zurückstellung zu beantragen, als der damalige Sportdezernent wegen der bevorstehenden Fußballweltmeisterschaft und des Confederation Cups unbedingt ein Hotel vor dem Stadion etablieren wollte. Meine Bedenken, die Grundlagen zu meiner Entscheidungsfindung um eine Runde zurückzustellen, wurden vom damaligen Sportdezernenten, Bürgermeister Vandriek, verworfen. Damals war die Sozialdemokratie auf der Seite, die Sie heute verlassen haben. Denken Sie daran, eine Geschäftsordnung ist nicht dazu da, dass die Mehrheiten beliebig damit umgehen können, sondern eine Geschäftsordnung trägt über die Legislaturperioden hinweg.

(Beifall)

Sie haben diesem Verfahren Ihre Zustimmung gegeben, was Sie heute wieder rückgängig machen wollen. Wir halten das Verfahren für sinnvoll, und deswegen werden wir Ihre Geschäftsordnungsanträge ablehnen.

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Stadtverordneter Ditfurth. Bitte sehr!

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:

Schönen guten Abend!

Das ist ein wunderbarer Spruch: „nach Recht und Gesetz“; denn wenn Recht und Gesetz nicht passen, ändert man sie eben, genauso wie die von Herrn Stein zitierte Geschäftsordnung. Sie wird immer genau so zugeschnitten, dass die Opposition möglichst immer schlechtere Arbeitsmöglichkeiten hat. Die Tagesordnung von heute ist nicht die erste, die durch Tricks und Manipulationen und durch absolutes Durchzocken der schwarz-grünen Koalition durchgezogen wird. Wir gehören noch zu den Menschen, Herr Frank, die denken, und diese Leute brauchen immer etwas länger als die, die nicht denken, sondern nur noch Marionetten sind.

(Beifall)

Das Recht der Opposition zu wahren, heißt auch Zeit zu geben für Diskussionen, und die laufen nicht bei allen so stromlinienförmig und hierarchisch wie bei Ihnen, dafür tun Sie mir auch ewig leid. So eine Kultur haben wir im Allgemeinen nicht.

Hintergrund für die Verkürzung ist, das darf ich dem Publikum auch bekannt geben, dass der Magistrat so arm ist, dass er nicht einmal mehr das Porto hat, um uns die Magistratspost zuzusenden, sodass wir, wie bisher in allen Jahren immer, sechs Wochen vor der Entscheidung über bestimmte Vorlagen informiert würden, sodass wir Zeit genug hätten, dazu etwas zu sagen. Das ist doch Ihre Angelegenheit, dass Sie den Hahn immer weiter zudrehen.

Was heute hier passiert und was in diesen Tagen in Frankfurt passiert, das ist der Grund, warum ich mich dem Votum der LINKEN. anschließe: Apfelwein und Nazis. An dem Tag der Plenarsitzung unten zu feiern, ist eine so grandiose Missachtung, dass wir als Linke wieder einmal gezwungen sind, das bürgerliche Parlament, von dem Sie immer behaupten, dass Sie es erschaffen hätten, gegen Sie zu verteidigen, weil Sie darauf heruntreten, als wäre es ein Dreckhaufen. So geht das nicht weiter.

(Beifall)

Es wird nach dem Sommer im Römer andere Umgangsformen geben müssen, weil diese Unverschämtheiten und diese selbstgefällige Art von Schwarz-Grün, durchzuzocken - nach dem Motto: Wir haben die Mehrheit, draußen merkt es sowieso keiner, wer wählt uns denn noch? - und dann die Entscheidung zu treffen, ist ein tiefer Einschnitt in der Kultur des Parlaments. Zum ersten Mal wird, zumindest was die Stimmen der GRÜNEN angeht, eine Nazi-Demonstration in Frankfurt genehmigt, und zwar dort, nicht im Nordend, wo die GRÜNEN-Klientel sitzt, nicht in der Innenstadt, wo die Geschäftsleute hocken.

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Frau Kollegin, das gehört nicht zum Thema der Geschäftsordnung. Unterlassen Sie das bitte oder ich entziehe Ihnen das Wort.

Frage Nr. 394.....	26
Stadtverordneter Helmut Heuser, CDU:	26
Stadtrat Edwin Schwarz:	26
Frage Nr. 395.....	27
Stadtverordnete Anneliese Scheurich, SPD:	27
Stadtrat Franz Zimmermann:.....	28
Aktuelle Stunde zu den Fragen Nr. 385 und Nr. 391	29
Stadtverordneter Jochem Heumann, CDU:	29
Stadtverordnete Dr. Nargess Eskandari-Grünberg, GRÜNE:	30
Stadtverordneter Dr. Dr. Rainer Rahn, FAG:.....	31
Stadtverordnete Dr. Renate Wolter-Brandecker, SPD:.....	31
Stadtrat Prof. Dr. Felix Semmelroth:.....	32
Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:	33
Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:	34
Stadtverordneter Jochem Heumann, CDU:	34
Stadtverordneter Volker Stein, FDP:	35
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 388	36
Stadtverordnete Astrid Fischer, LINKE:.....	36
Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:.....	37
Stadtverordneter Volker Stein, FDP:	38
Stadtverordnete Dr. Andrea Lehr, GRÜNE:.....	39
Stadtverordnete Ursula Busch, SPD:	40
Stadtverordneter Markus Frank, CDU:	41
Stadtverordneter Jörg Krebs, NPD:.....	42
4. Verabschiedung der Tagesordnung II	42
5. "Frankfurt - Die Stadt in der Herausforderung" Mündlicher Bericht der Oberbürgermeisterin	43
Oberbürgermeisterin Dr. h. c. Petra Roth:	43
6. Aussprache	51
Stadtverordneter Markus Frank, CDU:	52
Stadtverordneter Olaf Cunitz, GRÜNE:	55
Stadtverordneter Volker Stein, FDP:	57
Stadtverordneter Michael Langer, REP:.....	59
Stadtverordneter Jörg Krebs, NPD:.....	61
7. Neugestaltung der Zeil zwischen Liebfrauenstraße und Konstablerwache und Umgestaltung des Knotens Eschenheimer Tor sowie der Große Eschenheimer Straße einschließlich Sperrung der Hauptwache	63
Vortrag des Magistrats vom 20.06.2007, M 113 <u>hierzu</u> : Antrag der GRÜNEN vom 27.06.2007, NR 518	
Stadtverordneter Volker Stein, FDP:	63

Stadtv. Astrid Fischer
LINKE.WASG

Am 01.02.2007 wurde der
interfraktionelle Antrag NR 291 von
CDU, SPD, GRÜNEN, DIE
LINKE.WASG und FDP mit großer
Mehrheit beschlossen. Darin wird
der Magistrat beauftragt, alle ihm
zur Verfügung stehenden Mittel
auszuschöpfen, um die für den 7.
Juli 2007 angemeldete NPD-
Kundgebung zu verhindern. Der
örtlichen Presse vom 21.06.2007
war zu entnehmen, dass die
Kundgebung genehmigt wurde.
Ich frage den Magistrat:
Welche Mittel standen dem
Magistrat zur Verfügung, und wie
hat er sie ausgenutzt, um die
Demonstration zu verhindern?

Stellvertretender**Stadtverordnetenvorsteher Ulrich Baier:**

Kommen Sie bitte zum Ende, Sie haben überzogen.

Stadtverordnete Astrid Fischer, LINKE.:

(fortfahrend)

Wieso, die drei Minuten sind noch gar nicht rum.

Stellvertretender**Stadtverordnetenvorsteher Ulrich Baier:**

Doch, schon knapp vier.

(Beifall)

Als nächste Rednerin hat Frau Ditfurth das Wort.

Ich sage es noch einmal: Drei Minuten sind sehr schnell vorbei.

(Heiterkeit)

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:

Mancher Leute Geduld ist offensichtlich auch sehr schnell vorbei. Ich möchte deswegen in der kurzen Zeit, die uns nur bleibt, das Römerbergbündnis dazu auffordern, seine Kundgebung wegen der Ereignisse der letzten Tage abzusagen. Es wird dazu kommen, dass auf dem Römerberg eine Kundgebung stattfinden wird, während gleichzeitig Faschisten durch diese Stadt marschieren. Das kann nicht wahr sein.

Das heißt, das Römerbergbündnis muss seine Kundgebung absagen und den Treffpunkt dazu nutzen, mit den Leuten, die zu dieser Kundgebung kommen, zu diskutieren. Dann muss der Vorschlag gemacht werden, an geeigneten Orten, jeder nach seinen Kräften und seiner Fantasie, den praktischen Versuch zu machen, den Aufmarsch von Faschisten zu verhindern. Was nicht stattfinden kann, ist, dass dieses Römerbergbündnis eine Kundgebung macht, um denjenigen, die gar nichts tun wollen, außer ihr eigenes Gewissen zu beruhigen, im Schutz

dieses Baus salbungsvolle Reden vorzutragen. Dafür ist das wirklich nicht der Tag. Das kann man ein anderes Mal machen oder in der Kirche, sofern man christlich ist.

Elias Canetti hat einmal gesagt: „Die Vergangenheit ist nie vorbei.“ Deswegen sage ich noch einmal deutlich: An diesem Samstag wird es wesentlich davon abhängen, dass wir außerparlamentarisch - auf wen man sich in diesem Haus dabei verlassen kann, wird man sehen - unseren Widerstand zeigen, damit Faschisten in dieser Stadt kein Aufmarschgebiet bekommen, dass wir aufklären und sowohl praktisch als auch aktionistisch das tun, was notwendig ist, mit allen dafür notwendigen Mitteln. Die Debatte hier - wir können sie nicht richtig führen, die Zeit ist zu knapp - war hochinteressant.

Herr Rhein, Sie sind der Ordnungsdezernent der Stadt Frankfurt, ich darf Sie darauf aufmerksam machen: Hier sagen Nazis, dass sie Nazis sind. Hier sagen Antisemiten, dass sie Antisemiten sind, und hier sagen Rassisten, dass sie solche sind. Das ist im Internet in dem direkten Aufruf, nicht etwa indirekt, für diese Kundgebung nachzulesen. Sie argumentieren hier, als ob Sie in ein höheres Richteramt aufsteigen wollen. Darum geht es nicht, das ist die falsche Perspektive auf die Welt und auf diese Angelegenheit. Hier geht es darum, dass eine Stadt wenigstens das mickrige bisschen Zivilcourage zeigt und eine Demonstration von Faschisten verbietet, selbst um das 'grauenhafte Ergebnis', ein Gericht könnte uns Unrecht geben. Das muss man wohl noch einstecken können.

(Beifall)

Herr Cunitz von den GRÜNEN - ich habe es vorhin schon kurz kritisiert - hat nicht nur gesagt, sie seien zusammen mit der CDU bei denen, die eine faschistische Kundgebung nicht verbieten wollen. Er hat vorhin - ich habe mich noch einmal bei Leuten umgehört, weil ich es nicht fassen konnte, dass das gesagt wurde - die Versammlungsfreiheit von Faschisten verteidigt. Ich mache etwas ganz Altmodisches und bitte Sie darum, die Alliiertenstatuten und die Dekrete der Nachkriegszeit nachzulesen. Was klar ist: Meinungsfreiheit gilt für Meinungen, aber nicht für Verbrechen.

(Beifall)

Das ist das gesamte Spektrum, in dem wir uns streiten.

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher Ulrich Baier:**

Kommen Sie bitte zum Ende.

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-
ARL:
(fortfahrend)**

Für faschistische Positionen, für eine Bande, für ein Pack, das seit 1989 für 136 Morde und für Tausende von schwer verletzten Menschen verantwortlich ist, kann es keine Freiheiten geben.

(Beifall)

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher Ulrich Baier:**

Als nächster Redner hat Herr Stein von der FDP-Fraktion das Wort.

Stadtverordneter Volker Stein, FDP:

Herr Stadtverordnetenvorsteher,
meine Damen und Herren!

Die Frau Oberbürgermeisterin, der Ordnungsdezernent und der Polizeipräsident für Frankfurt am Main haben unsere Unterstützung in ihrer taktischen Vorgehensweise zur Bearbeitung der Demonstration am vor uns liegenden Wochenende. Wir sprechen ihnen die Solidarität in ihrem Handeln und in ihrer Entscheidungsfindung aus.

(Beifall)

Das Demonstrationsrecht in dieser Republik ist ein sehr hoch stehendes Recht im Verfassungsrang, und ich denke, das ist aufgrund der Erfahrung, die wir bis 1945 genießen konnten, auch gut so. Deshalb ist es klar, dass Parteien, wenn sie nicht verboten sind, demonstrieren dürfen. Der dilettantische Verbotsantrag der Koalitionsfraktionen in Berlin hat auch dazu geführt, dass die Ge-

richte nicht anders entscheiden können. In der Folge dieser Entscheidung hat das Bundesverfassungsgericht hohe Hürden aufgegeben. Der Ordnungsdezernent hat diese hohen Hürden in verschiedensten Gesprächen und Ausschusssitzungen angesprochen. Der Polizeipräsident hatte in einem Gespräch mit den Fraktionsvorsitzenden deutlich gemacht, in welcher juristischen Situation die Polizei in dieser Stadt ist.

Die Gremien und die Verantwortlichen dieser Stadt haben richtig gehandelt. Sie haben nämlich selbst die Initiative dahin gehend übernommen, die Rahmenbedingungen für diese Demonstration vorzugeben und sie nicht dem Verwaltungsgericht zu überlassen. Das ist als solches schon eine gute Sache. Frau Ditfurth, Sie können sich daran erinnern, dass wir zu der Zeit, als der Kollege Schwarz Ordnungsdezernent war, dieselbe Situation und Diskussion hatten und welche armselige Demonstration in Fechenheim herausgekommen ist. Da haben 15 Verirrte an einem Bahngleis am Fechenheimer Wald demonstriert. Es war gut, dass die Gemeinschaft der demokratischen Parteien und Fraktionen in diesem Hause das so hinkommen hat.

(Beifall)

Aber jetzt stelle ich fest, dass bei allen Fragen, die früher überhaupt nicht zur Disposition gestanden haben, weil wir alle wussten, auch die Sozialdemokratie, in welcher juristischen Zwickmühle wir sind, die Sozialdemokratie im Wettstreit mit den LINKEN. um die populistischste Position unterliegen werden.

(Beifall)

Wenn ich heute die demoskopischen Ergebnisse mitbekomme, werden Sie genau der LINKEN. in der juristischen Einschätzung auf den Leim gehen. Willkommen im Projekt 18, meine Damen und Herren!

(Beifall)